

Climat: petit pas en avant

Dans un communiqué, Greenpeace a félicité le ministre de l'Environnement Lucien Lux, parce qu'il a su convaincre ses homologues européens lors du Conseil "Environnement" la semaine passée. Ce conseil a fixé des objectifs chiffrés pour réduire les émissions de CO₂: jusqu'à 30 pour cent d'ici 2020 et 80 pour cent d'ici 2050 en Europe et dans les autres pays industrialisés. Il s'agit d'un progrès par rapport aux propositions de la Commission européenne de février. Celle-ci avait insisté sur la nécessité d'impliquer les Etats-Unis et les pays émergents, sans avancer de chiffres pour l'Europe. Les décisions du conseil doivent être confirmées par le Sommet de printemps la semaine prochaine. La percée obtenue par Lucien Lux est plus modeste qu'il n'y paraît. D'une part, les objectifs avancés le sont sous réserve qu'il y ait un accord global avec les autres pays grands émetteurs de CO₂. D'autre part, le discours de la Commission favorisant les "flexible mechanisms" n'est pas remis en cause. Cela signifie que les économies de CO₂ "ambitieuses" dans le Nord risquent de se faire en grande partie à travers des projets de "clean development" dans le Sud. Ainsi ce sera la partie la plus pauvre de l'humanité qui devra fournir le gros des sacrifices.

L'exil culturel français continue

Après Claude Frisoni qui avait fait de sa présence provisoire en tant que coordinateur de l'année culturelle 1995 une situation durable en devenant, par la grâce d'Erna, directeur du Centre culturel de rencontre Abbaye de Neumünster, en voilà encore un autre personnage du monde culturel français qui a trouvé refuge au Grund. Philippe Talard, qui s'était fait remarquer par des projets chorégraphiques controversés au centre pénitentiaire de Schressig et à la Cathédrale Notre-Dame, vient d'être engagé comme chargé de mission de l'Institut Pierre Werner - il doit s'y occuper surtout des projets artistiques et chorégraphiques. Honni soit qui pense que la tête de liste du parti libéral y soit pour quelque chose. Primo, les responsables du DP viennent de jurer qu'ils veulent se donner un profil plus "honnête". Et secundo, M. Talard a été engagé par les autorités françaises: le nouvel institut culturel est trinational, c.-à-d. divisé administrativement en trois départements dépendant du Luxembourg, de l'Allemagne et de la France. Comme l'avait dit si juste Lydie Polfer, ancienne ministre des Affaires étrangères, lors de l'ouverture officielle de l'Institut en octobre 2003, en parlant "d'engagement solidaire et de renforcement mutuel".

Bio-Tiger im Tank

Mindestens zwei Prozent des verbrauchten Kraftstoffes sollte Biodiesel sein. So schreibt es ein EU-Aktionsplan vor. Bis 2010 muss der Anteil des umweltschonenden Kraftstoffs europaweit auf 5,75 Prozent steigen. Neun EU-Länder, darunter auch Luxemburg, wurden nun von Brüssel abgemahnt: Sie haben es bislang versäumt, der Kommission ihre Ziele für den Bio-Kraftstoffmarkt mitzuteilen. Italien, Belgien, Polen, Slowenien und Luxemburg haben zudem den für 1. Juli vergangenen Jahres fälligen nationalen Bericht zum Biodiesel nicht vorgelegt. Die Mitgliedstaaten müssten sich dringend an die Beschlüsse halten und eine Strategie für den Einsatz von Biodiesel entwickeln, so Energiekommissar Andris Piebalgs am Mittwoch. Ebenfalls im Rückstand ist Luxemburg in Bezug auf die Umsetzung der europäischen Richtlinien über den Elektrizitäts- und Erdgas-Binnenmarkt, die bereits im Juni 2003 beschlossen wurden. Diese Richtlinien, so die EU-Kommission am Mittwoch in einer Mitteilung, seien von grundlegender Bedeutung für die Öffnung der Strom- und Gasmärkte in Europa. Die Kommission überwacht die Integration und den Grad der Liberalisierung der Energiemärkte und will am 1. Januar 2006 einen Gesamtbericht über das Funktionieren des Marktes veröffentlichen.

Etwa ein Fünftel der LuxemburgerInnen sagen laut Ires-Umfrage Nein zur EU-Verfassung. Kommt dieses Nein mehrheitlich von links oder von rechts? Die Linke sollte sich durch klare Argumente deutlich abgrenzen, mahnt Déi-Lénk-Mitglied André Hoffmann.

(Foto: Archiv)

**INTERVIEW**

Mehrdeutigkeit bleibt bestehen

Woxx: Die EU-Verfassung fördern neoliberale Tendenzen und sei sozial- sowie umweltpolitisch verwerflich, meinte der Abgeordnete Aly Jaerling am Wochenende auf dem ADR-Kongress. Ein Satz, den Sie auch unterschreiben würden?

André Hoffmann: Ja. Das Comité pour le Non à la Constitution begründet sein Nein gegen die Verfassung so: 'Ce texte constitutionnalise le néolibéralisme comme doctrine officielle de l'Union européenne'. Es ist von 'dumping social et environnemental' die Rede - das klingt sehr ähnlich wie die ADR-Kritik. Wie verhält man sich als Linker, wenn es solche Überschneidungen gibt? Ich kann schlecht beurteilen, wie ehrlich es Aly Jaerling mit seiner Aussage meint. Ich weiß nur, dass in anderen Positionen des ADR auch liberale Tendenzen zum Ausdruck kommen. Abgesehen davon gibt es eine bestimmte Mehrdeutigkeit im Lager der Nein-Sager. Dasselbe gilt aber auch für die, die Ja sagen.

Inwiefern?

Zu den Befürwortern der Verfassung gehören beispielsweise Anhänger eines radikalen Wirtschaftsliberalismus ebenso wie Menschen, die darin die Basis für ein europäisches Sozialstaatsmodell sehen. Auch diejenigen, die sich enthalten wollen, tun dies aus unterschiedlichen Gründen. All diese Unterschiede können bei einem Referendum, in dem man nur Ja oder Nein sagen oder sich enthalten kann, nicht zum Ausdruck kommen. Deshalb ist es meiner Meinung nach fragwürdig, ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, die Wähler mit einzubeziehen.

Ein Referendum ist demnach nicht das geeignete Mittel, eine öffentliche Debatte zu führen?

Ich bin nicht gegen ein Referendum. Der Inhalt dieser Verfassung steht jedoch bereits fest. Wann wurde vorher den Menschen etwa die Frage gestellt, ob sie für das Prinzip einer freien, ungebremsten Konkurrenz auf dem Markt sind? Oder ob sie für den Aus- oder Umbau der öffentlichen Dienste sind, oder dafür, dass sich die Staaten verpflichten, militärisch aufzurüsten? Es wäre sinnvoller, eine Debatte über solche Fragen zu führen. So stelle ich mir eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung vor.

Immerhin saßen gewählte VolksvertreterInnen im Konvent, der diese Verfassung vorbereitete.

Das stimmt. Doch welcher Wähler wusste schon von seinen Parteivertretern, die im Konvent saßen, wie sie sich zu den verschiedenen Fragen im Verfassungstext verhalten?

Die Argumente der Linken sind klar, so ein Vertreter des Comité pour le Non gegenüber der woxx. Wenn Rechtskonservative aus anderen Gründen dagegen sind, dann sei das ihr Problem. Muss die Linke sich hier nicht abgrenzen?

Auf jeden Fall sollte sie das tun. Eine linke Initiative, die gegen die Verfassung auftritt, muss ihre Position einerseits durch Argumente belegen. Andererseits muss sie konkrete Alternativen aufzeigen.

Zum Beispiel?

Etwa die Einführung eines europäischen Mindestlohns fordern. Die Linke muss sich durch konstruktive Vorschläge von nationalistischen Positionen im Lager der Nein-Sager abgrenzen.

Auch linke VerfassungsgegnerInnen beziehen sich oft auf den Nationalstaat. Im Gegensatz zum deregulierenden Markt sehen sie darin etwa einen Garant für soziale Rechte. Haben Linke ihre Staatskritik in dieser Diskussion aufgegeben?

Wenn verhindert werden soll, was in den letzten Jahrzehnten in Europa geschehen ist - durch Standortverlagerungen, Wettbewerbe und den dazugehörigen Sozialabbau, dann gibt es für mich nur eine logische Antwort: Das Sozialmodell, das vorher im Rahmen eines Nationalstaates erkämpft wurde, muss auch auf europäischem Niveau gelten. Insofern ist das schon in gewisser Weise ein Rückgriff auf den Staat. Allerdings bedeutet das nicht, dass wir einen europäischen bürokratischen Staat brauchen. Wir brauchen Regu-

lierungen, die europaweit gelten. Im Übrigen: Worin hat sich denn die Staatskritik der Linken konkret geäußert?

Etwa darin, dass der Nationalstaat, der von Haus aus für das gute Funktionieren des kapitalistischen Marktsystems zu sorgen hat, nicht gleichzeitig ein zuverlässiger Garant für den Erhalt sozialer Rechte sein kann.

Das war die Diskussion in den 60er und 70er Jahren. Allerdings bin ich der Meinung, dass der Staat keine gegebene Herrschaftsstruktur ist, sondern Auseinandersetzungen ausgesetzt ist. Gerade die Geschichte des Sozialstaats zeigt das deutlich.

Laut Eurobarometer überwiegen europaweit unter den Nein-Sagern die Argumente von rechts. Kommt die Linke nicht durch mit ihren Argumenten?

Bei solchen Umfragen ist es schwer, die Antworten der Leute richtig zu interpretieren. Wenn beispielsweise ein Arbeiter auf die Frage: Wieso sind Sie gegen die Verfassung? etwas antwortet, wie: 'Auf nationalstaatlicher Ebene wussten wir, an wen wir uns wenden mussten; auf EU-Ebene erfahren wir immer weniger' - dann weiß ich nicht, ob man diese Antwort als 'rechts' interpretieren kann. Unsere Antwort muss lauten: Auf nationalstaatlicher Ebene wird es immer schwieriger, die sozialen Rechte zu verteidigen - auf europäischer Ebene kann das eher gelingen.

In Luxemburg ist es bislang schwer, die Verfassungsgegner einzuordnen. Das 'Letzbeueger Land' vermutet ein überwiegend linkes Nein - etwa von Arbeitern, die auf einen sozialstaatlichen Schutz angewiesen sind, den sie durch eine europäische Deregulierung bedroht sehen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Bedingt. Ich denke schon, dass die weniger gut Verdienenden derzeit erkennen, dass die sozialpolitischen Entwicklungen in der EU nicht zu ihren Gunsten verlaufen.

Die These ist angesichts des dünnen Zahlenmaterials ziemlich gewagt.

Beweisen kann ich diese Interpretation der Zahlen tatsächlich nicht. Und ich denke durchaus, dass die Art und Weise, wie die vergangenen Verträge der EU abgeschlossen wurden, der Rechten nützen könnten.

Unser Gespräch zeigt, wie fließend teilweise die Übergänge zwischen den Positionen innerhalb der Nein-Sager sind. Wie könnte denn die von Ihnen geforderte breite kontroverse Debatte stattfinden, in der die Position der Linken klarer formuliert wird?

Es wäre wünschenswert, dass Regierung und Medien in ihren Kampagnen den Schwerpunkt auf inhaltliche Debatten legen, in denen die unterschiedlichen Standpunkte eines Nein und eines Ja klar dargestellt werden. Diese Debatte wird für mich am 10. Juli nicht beendet sein - egal wie das Resultat des Referendums lauten wird. Die Diskussionen über die künftigen Entwicklungen in der EU müssen weitergeführt werden.

Interview: Danièle Weber

Zur Person

André Hoffman ist Gymnasiallehrer. Von 1989 bis 1993 war er Abgeordneter der Kommunistischen Partei (nach seinem Austritt aus der KP 93 parteilos) und von 1999 bis 2000 Abgeordneter von Déi Lénk. Seit 2000 ist er für Déi Lénk im Escher Schöffenrat vertreten.